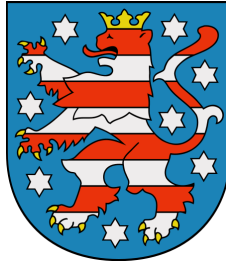


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Gesundheit und Pflege in Thüringen Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2019

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Prof. Dr. Heinrich Best

Dr. Axel Salheiser

Dr. Ossip Fürnberg

Dr. Jörg Hebenstreit

Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA



Zusammenfassung des THÜRINGEN-MONITORS 2019

Der THÜRINGEN-MONITOR 2019 setzt die Langzeitstudie zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die seit dem Jahr 2000 jährlich die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung und der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung untersucht. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.100 wahlberechtigten Thüringer_innen, die zwischen dem 27. Mai bis 6. Juli 2019 durchgeführt wurde.

Der Schwerpunkt des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS 2019 ist „Gesundheit und Pflege“. Dieses Thema ist in mehrfacher Hinsicht von hoher Bedeutung für den Freistaat: So betrifft es jede_n Einwohner_in Thüringens in persönlicher Weise. Gleichzeitig ist es eng verknüpft mit dem demographischen und strukturellen Wandel unserer Gesellschaft, der sich angesichts einer alternden Gesellschaft und sinkenden Bevölkerungszahlen in Thüringen in besonders starker Weise auswirkt. Hierzu gehören der Fachkräftemangel im Gesundheits- und Pflegesektor, die Überlastung des Fachpersonals und der kontinuierlich steigende Pflegebedarf ebenso wie Befürchtungen einer wachsenden „Zwei-Klassen-Medizin“ und beobachtete Disparitäten in der medizinischen Versorgung zwischen Städten und dem ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund stellt das Themenfeld „Gesundheit und Pflege“ eine zentrale Herausforderung für die Politik dar, um durch die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen weiterhin eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge sicherzustellen. Gleichzeitig stellt dieser Themenbereich „Gesundheit und Pflege“ einen Prüffall für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Freistaat dar, da sowohl innerhalb der gesamten Gesellschaft als auch in Familien- und Nachbarschaftsnetzwerken die Solidaritätsgemeinschaften notwendig sind und sich dadurch konstituieren. Daher haben wir die Thüringer_

innen zu ihren Erfahrungen, Bewertungen und Vorstellungen auf dem Gebiet der Gesundheit und Pflege befragt und diese in den Kontext der politischen Kultur im Freistaat gestellt.

Die Befragungsergebnisse werden hierbei, wie in den THÜRINGEN-MONITOREn der vergangenen Jahre, in den Kontext der sozioökonomischen und demographischen Entwicklungstrends im Freistaat Thüringen eingebettet. Die sozioökonomische Entwicklung ist weiterhin positiv, was sich u.a. in einem moderaten Wirtschaftswachstum und einem Tiefstwert bei der Arbeitslosigkeit seit 1994 zeigt. Dieser anhaltende Trend spiegelt sich auch in der weiterhin positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und der eigenen finanziellen Situation durch die Befragten wider. So sagen 80 Prozent der Befragten, ihre individuelle finanzielle Situation sei gut oder sehr gut, und ebenfalls 80 Prozent der Befragten meinen, die wirtschaftliche Situation in Thüringen sei gut oder sehr gut. 70 Prozent der Befragten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORs glauben daher auch, dass Thüringen „den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ braucht. Dennoch verspürt gleichzeitig mehr als ein Drittel aller Befragten (38 Prozent), darunter mehrheitlich Personen aus der sozioökonomischen Mitte, Statusverlustängste, also die Sorge, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“. Auch eine Herabsetzung der Ostdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ durch Westdeutsche erkennen immer noch 49 Prozent der befragten Thüringer_innen. Diese anhaltenden Gefühle der Benachteiligung und Entsicherung spiegeln somit trotz der allgemeinen Zufriedenheit mit der finanziellen Situation wahrgenommene Gerechtigkeitsdefizite wider, die sich u.a. auch in einer geringeren Demokratiezufriedenheit und einem niedrigeren Institutionenvertrauen auswirken.

Die demographische Entwicklung in Thüringen ist aufgrund des natürlichen Bevölkerungsrückgangs – trotz eines positiven Zuwanderungssaldos – weiterhin sehr ungünstig. So lebten zur

Jahresmitte 2019 nur noch 2,137 Millionen Menschen im Freistaat. Dies ist mit einer deutlichen Alterung der Gesellschaft verknüpft, der einerseits verstärkt zu einem Fachkräftemangel und andererseits zu einem kontinuierlich steigenden Pflegebedarf führt. Die Anzahl der pflegebedürftigen Personen in Thüringen ist aufgrund der erhöhten Lebenserwartung und dem erhöhten Anteil hochaltriger Menschen markant angestiegen. Aufgrund des demographischen und strukturellen Wandels ist daher zu erwarten, dass sich die Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegesektor in Thüringen zukünftig in einem besonders hohen Maße zeigen werden.

Trotz dieser Entwicklungen sind die befragten Thüringer_innen in der großen Mehrheit von 80 Prozent mit ihrer eigenen Gesundheit zufrieden bzw. sogar sehr zufrieden. Selbst in der Alterskohorte der über 60-Jährigen trifft dies auf drei Viertel der Befragten zu. Hingegen sind 71 Prozent der befragten Arbeitslosen mit ihrer Gesundheit sehr oder ziemlich unzufrieden, was auf ein Zusammenwirken von unterschiedlichen Problemlagen und auf einen deutlich erhöhten Grad der Hilfsbedürftigkeit hinweist.

Insgesamt sind die Befragten auch mit der medizinischen Versorgung in Deutschland (81 Prozent) und im Freistaat (79 Prozent) sowie den Leistungen ihrer Krankenkassen (90 Prozent) zufrieden bzw. sogar sehr zufrieden. Diese allgemeine Zufriedenheit ist mit dem Wunsch nach einem egalitären und gerechten Gesundheitssystem verknüpft, das gesellschaftlichen Zusammenhalt erfordert und erzeugt. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass 89 Prozent der Befragten wünschen, dass alle Privatversicherten in gesetzliche Krankenkassen überführt werden. Es ist auch in den Aussagen zur Bereitschaft zur Organ- und Blutspende erkennbar. So geben nur 20 Prozent auf die Frage nach der Organspende und nur 16 Prozent auf die Frage nach der Blutspende an, dass sie eine solche verweigern würden, ohne durch medizinische oder andere zwingende Gründe davon abgehalten zu werden. Diese Zustimmungswerte liegen dabei deutlich über der

Häufigkeit des tatsächlich beobachteten Spenderverhaltens. Trotz dieser Diskrepanz verweisen die Aussagen auf die Wirksamkeit von Solidaritätsnormen in der Gesellschaft.

Die hohe allgemeine Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung in Thüringen differenziert sich jedoch stark nach den unterschiedlichen Bereichen aus: Sehr hohe bzw. hohe Zufriedenheit besteht v.a. hinsichtlich der Versorgung mit Apotheken, mit ambulanten Pflegediensten und der Erreichbarkeit des nächstgelegenen Krankenhauses. Hingegen wird von 48 Prozent der Befragten eine mangelnde Versorgung mit Fachärzt_innen als ein Problembereich der Gesundheitsversorgung kritisiert; mit den Wartezeiten auf einen Termin sind sogar zwei Drittel der Befragten unzufrieden. Auch gilt tendenziell, dass Befragte in besonderen Problemsituationen und mit außerordentlichen Belastungen die medizinische Versorgung negativer bewerten als gesunde Befragte. Insgesamt zeigt sich zudem ein deutliches Gefälle in der Bewertung der medizinischen Versorgung zwischen Städten und dem ländlichen Raum, die bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREn festgestellt wurden: So sehen Befragte, die im ländlichen Raum leben, signifikant häufiger Versorgungsdefizite als Befragte, die in Städten leben – dies gilt insbesondere hinsichtlich der Erreichbarkeit von Fachärzt_innen und Krankenhäusern. Insofern werden von den befragten Thüringer_innen Disparitäten in der medizinischen Versorgung zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum konkret erfahren.

Gesundheitspolitische Maßnahmen, die den wahrgenommenen Defiziten oder erwarteten Problemszenarien entgegenwirken sollen, finden dementsprechend hohe Akzeptanz bei den Thüringer_innen. So halten fast alle Befragten die Einrichtung von Medizinischen Gesundheitszentren (früher: Polikliniken) (99 Prozent), die Förderung mobiler Arztpraxen (95 Prozent), die Gewinnung von Hausärzt_innen für den ländlichen Raum (100 Prozent) und die

Ausweitung der Medizin-Studienplatzangebote (93 Prozent) für wichtig bzw. sogar sehr wichtig. Auch die gezielte Anwerbung von Fachkräften im Bereich Gesundheit und Pflege wird von 81 Prozent als wichtig erachtet – und damit von deutlich mehr Befragten als in den vergangenen Jahren. Insgesamt bestätigten diese Einstellungen die stark verbreitete Wahrnehmung des Fachkräftemangels im Gesundheits- und Pflegesektor. 94 Prozent der Befragten sagen, dass Pflegekräfte höhere Gehälter erhalten sollten, selbst wenn dies zu höheren Kassenbeiträgen führen würde. Hier zeigt sich, dass die Bürger_innen hohe Erwartungen hegen, vor allem was die Bekämpfung struktureller Defizite und den Abbau räumlicher Disparitäten anbetrifft. Lediglich die „Telemedizin“ wird skeptischer bewertet, sodass offensichtlich realweltliche und persönliche ärztliche Betreuung virtuellen Angeboten vorgezogen wird. Insgesamt werden die bisher eingeschlagenen Pfade der Verbesserung und Problembearbeitung positiv bewertet, müssen aber angesichts der erwarteten Problemverschärfung durch den demographischen Wandel konsequent weiter verfolgt werden. Die Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung hängt markant sowohl mit dem Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung als auch mit der Zufriedenheit mit der Demokratie, so „wie sie in der Praxis funktioniert“, zusammen. D.h., Befragte, die mit der medizinischen Versorgung zufrieden sind, sind auch mit der Praxis der Demokratie zufriedener. Dieser Zusammenhang spricht dafür, dass der Gesundheitsversorgung als zentralem Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Daseinsvorsorge von den Thüringer_innen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Sie fühlen sich offensichtlich u.a. dann gut regiert, wenn sie das Gesundheitssystem als gerecht wahrnehmen und mit der medizinischen Versorgung zufrieden sind. Gleichzeitig verweisen die Ergebnisse auch darauf, dass Thüringer_innen, die ihre allgemeine Lebenssituation und ihre eigene Gesundheit positiv bewerten, tendenziell auch mit dem politischen

System und mit dem Gesundheitssystem zufriedener sind.

Ein äußerst hohes Maß an Demokratieunterstützung zeigt sich insgesamt bei der Untersuchung der politischen Kultur im Freistaat. So ist die abstrakte Demokratieunterstützung in diesem Jahr in Thüringen so hoch wie noch nie seit dem Erhebungsbeginn des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2001. 90 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie „die beste aller Staatsideen“ ist. Die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis erreicht – nach dem deutlichen Einbruch im vergangenen Jahr – mit 63 Prozent ebenfalls wieder einen sehr hohen Wert und ist die zweithöchste Messung des THÜRINGEN-MONITORS seit 2001. Auch das Vertrauen in die politischen Institutionen hat im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen. Dabei wurden für die Polizei mit 73 Prozent und für die Landesregierung mit 43 Prozent jeweils die bisher höchsten Vertrauenswerte seit Beginn der Messung im THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 registriert. Trotz dieser hohen Zufriedenheitswerte mit der Demokratie ist jedoch die Kritik an Parteien und Politiker_innen im Vergleich zum Vorjahr nur minimal gesunken und befindet sich weiterhin auf einem hohen Niveau: So fühlen fast drei Viertel der Befragten sich und ihre Anliegen nicht mehr wirksam vertreten; ebenfalls drei Viertel der Befragten sind der Ansicht, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler_innen wollen, während deren Interessen nicht beachtet werden. Zwei Drittel der Befragten sind zudem überzeugt, dass „Leute wie ich ... so oder so keinen Einfluss darauf [haben], was die Regierung tut“. Insofern artikulieren viele Thüringer_innen seit längerem Elitenkritik und Politikverdrossenheit und empfinden weiterhin deutliche Defizite bei der Responsivität und Repräsentation ihrer Interessen.

In einem widersprüchlichen Verhältnis zur gestiegenen Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit steht zudem eine gestiegene Unterstützung alternativer Gesellschaftsentwürfe zur

freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik sowie Verklärung historischer Diktaturen (Nationalsozialismus, DDR). So stimmen 26 Prozent der Aussage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ zu. 27 Prozent bejahen eine „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ und 45 Prozent schreiben der DDR mehr gute als schlechte Seiten zu. Der überwiegende Teil dieser Personen empfindet darin keinen Widerspruch zu dem Bekenntnis zur Demokratie als beste Staatsidee. Insgesamt zeigt sich somit erneut – wie bereits in den THÜRINGEN-MONITOREN 2016, 2017 und 2018 – ein ambivalentes und in Teilen inkonsistentes Bild der Einstellungen der Thüringer_innen im Hinblick auf die Demokratie. Bemerkenswert ist hierbei jedoch, dass die jungen Thüringer_innen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren eine deutlich positivere und konsistentere Bewertung der Demokratie abgeben: Mit den älteren Altersgruppen teilen sie hohe Werte bezüglich Demokratieunterstützung und -zufriedenheit. Sie zeigen jedoch im Vergleich zu älteren Befragten eine größere Bereitschaft zu politischem Engagement, z.B. in Parteien oder bei Demonstrationen, sehen seltener eine Responsivitätslücke zwischen politischen Eliten und Bevölkerung und sind deutlich seltener positiv gegenüber nichtdemokratischen Gesellschaftsalternativen und historischen Diktaturen in Deutschland eingestellt, was insbesondere für die DDR und den Sozialismus gilt. Insgesamt kann den 18- bis 24-jährigen mit Blick auf die Einstellungen zur Demokratie somit ein positives Zeugnis ausgestellt werden. Dieser positive Befund verstärkt sich noch dadurch, dass auch hinsichtlich rechtsextremer Aussagen bei den jungen Thüringer_innen deutlich weniger Unterstützung festzustellen ist als unter den älteren Befragten. Insgesamt liefert der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR im Hinblick auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen jedoch besorgniserregende Befunde. Die Zustimmung zu einzelnen rechtsextremen Aussagen ist in diesem Jahr im Vergleich zu

2018 zum Teil deutlich angestiegen. So ist die Zustimmung zur antisemitischen Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ 2019 im Vergleich zum Vorjahr von neun Prozent statistisch signifikant auf 16 Prozent angestiegen und liegt auch im mittelfristigen Vergleich der vergangenen fünf Jahre auf einem Höchstwert. Ebenfalls auf einem Höchststand befinden sich die Zustimmungswerte zur Überlegenheit der Deutschen und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auffällig ist, dass dieser Anstieg nicht alle Bevölkerungsgruppen in Thüringen gleichermaßen betrifft, sondern insbesondere Thüringer_innen mit geringerem Bildungsgrad, aus mittleren Altersjahrgängen und in kleineren Städten bzw. in Dorfgemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern.

Wie in den vergangenen THÜRINGEN-MONITOREn bestätigt sich dieses Jahr erneut, dass es wichtig ist, auf Basis eines gesicherten Messinstruments und nicht auf der Basis einzelner Aussagen eine Zuordnung der Befragten als rechtsextrem vorzunehmen. Würde man auf Basis einzelner Aussagen auf eine rechtsextreme Gesinnung schließen, gälten viele Befragte nur deshalb als rechtsextrem, weil sie maximal einer oder zwei von zehn Aussagen zustimmten, jedoch die Mehrheit der Aussagen explizit zurückweisen. Das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument mit seinen zwei Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus zeigt im Vergleich zum Vorjahr einen statistisch signifikanten Anstieg in der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen, der dazu führt, dass mit 24 Prozent fast ein Viertel der Befragten als rechtsextrem eingestellt bezeichnet werden muss. Der Anstieg des einstellungsmäßigen Rechtsextremismus ist im Wesentlichen auf die zunehmende Unterstützung neo-nationalsozialistischer Ideologeme zurückzuführen, insbesondere der gestiegenen Zustimmung zur antisemitischen Aussage und zu der geschichtsrevisionistischen

Aussage über die NS-Vergangenheit. Hier kann angenommen werden, dass eine weitere Enttabuisierung menschenfeindlicher und rassistischer Einstellungen in der Thüringer Gesellschaft stattgefunden hat. Die Unterstützung ethnozentrischer (d.h. fremdenfeindlicher und chauvinistisch-nationalistischer) Aussagen ist hingegen auf hohem Niveau stabil geblieben. Stabil geblieben ist mit neun Prozent auch der Anteil der Befragten, die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele zumindest in Erwägung ziehen. Allerdings muss beunruhigen, dass der Anteil Gewaltbereiter mit 20 Prozent unter solchen Befragten markant erhöht ist, die der Aussage zustimmen, dass “die Juden einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich [haben] und [...] nicht so recht zu uns [passen].“

In Hinblick auf die Erklärungsfaktoren ist hervorzuheben, dass weiterhin Autoritarismus, Soziale Dominanzorientierung, Statusverlustangst und kollektive Deprivation die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen begünstigen. Die jüngsten Befragten und auch die älteste Befragtengruppe sind unabhängig von ihrem Bildungsgrad und den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen deutlich seltener rechtsextrem eingestellt als die mittleren Jahrgänge. Auch traditionalistische kulturelle Vorstellungen wirken sich unabhängig von sozioökonomischen Faktoren verstärkend auf den Ethnozentrismus aus. Damit bestätigen sich zentrale Befunde aus unseren früheren Untersuchungen. Die positive Demokratiebewertung wirkt sich in diesem Jahr jedoch nicht mehr hemmend auf den Rechtsextremismus aus. Zwar sahen sich bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREn sehr viele rechtsextrem eingestellte Befragte selbst als Demokrat_innen, neu ist aber, dass sich rechtsextrem eingestellte Befragte und nicht rechtsextrem eingestellte Befragte hinsichtlich des Ausmaßes ihrer Demokratiebewertung nicht mehr voneinander unterscheiden. Dies wirkt ebenso wie die weiteren festgestellten Inkonsistenzen – z.B.

zwischen Unterstützung alternativer Gesellschaftsentwürfe zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik und der gleichzeitigen Unterstützung der Demokratie – die Frage auf, welche Ideal- und Zielvorstellungen die Befragten insgesamt von der Demokratie haben und inwieweit diese mit den Werten und Normen der bestehenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik kongruent sind oder kollidieren. Die fehlende Hemmwirkung der Demokratieunterstützung könnte – so unsere Vermutung – durch die Propagierung und Verbreitung eines „ethnokratischen“ Demokratieverständnisses durch rechtspopulistische Personen und Gruppen bedingt sein. In diesen gründet sich die Idee der Demokratie als gleiche Chance auf politische Teilhabe nicht auf universaler, sondern auf ethnisch begrenzter Gleichheit. Nicht die Souveränität und Pluralität des Staatsvolkes (griechisch: demos) werden also betont, sondern dessen Homogenität als ethnische Abstammungsgemeinschaft und die daraus abgeleiteten exklusiven politischen und sozialen Teilhaberechte der Staatsbürger_innen. Dieser Demokratiebegriff des bewegungsförmigen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus schließt an tradierte autoritäre und antilibérale Denkmuster an, die offenbar auch in Thüringen wieder stärker artikuliert werden und größere Relevanz entfalten als noch vor wenigen Jahren. In zukünftigen THÜRINGEN-MONITOREn sollten deshalb die Demokratiekonzeptionen der Thüringer_innen genauer untersucht werden, als es in der vorliegenden Untersuchung möglich war. Die ressentiment-geleitete Negativbeurteilung ethnischer, kultureller und sozialer Gruppen sowie das ihm zugrundeliegende Ungleichwertigkeitsdenken bleiben ein wichtiges Problem für Politik und Zivilgesellschaft im Freistaat Thüringen. Hier gilt es, bewährte Wege der aktiven Demokratieförderung und des Engagements zu stärken und auszubauen. Besondere Relevanz hat hierbei die politische Bildung, die vor allem als interkulturelle Bildung und

Vermittlung demokratischer und humanistischer Werte verstanden werden muss. Zudem sind positive Erfahrungen mit Diversität, Kontakt und Interaktion in der gemeinsamen Alltagspraxis wichtige Faktoren für die Stärkung und den Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Prof. Dr. Marion Reiser

Der vollständige THÜRINGEN-MONITOR 2019 kann auf der Website der Thüringer Staatskanzlei als PDF-Dokument heruntergeladen werden:

<https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor/>

Friedrich-Schiller-Universität Jena
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration Humboldtstr.
11, 07743 Jena

<https://www.komrex.uni-jena.de/>